

# Die Regierung kratzt nur an der Oberfläche

Lage in Albanien ist stabiler als bei den letzten Parlamentswahlen vor vier Jahren – Doch noch immer herrscht Anarchie

VON UNSEREM REDAKTEUR  
MICHAEL KONRAD

Die gestrige Parlamentswahl in Albanien, so lautete im Vorfeld ein von Beobachtern viel benutztes Schlagwort, sei eine Wahl in „relativer Stabilität“. Das ist nicht falsch, aber doch weit entfernt von der Wahrheit. Denn ob die Partei der regierenden Sozialisten von Ministerpräsident Ilir Meta die Mehrheit der 140 Parlamentssitze erhält oder ob die Demokratische Partei unter Ex-Präsident Sali Berisha wieder an die Macht kommt – diese Frage ist für die 3,5 Millionen Menschen im zweitärmsten Land der Welt viel unwichtiger, als im Westen geglaubt wird.

Zwar sind die Wirtschaftsdaten positiv, die Inflation wurde gebremst und die Konjunktur angekurbelt (bei einem Durchschnittseinkommen von 80 Dollar im Monat). Und so-



Nicolla Shabani

wohl die USA als auch die EU loben Albanien und Ilir Meta seit dem Kosovo-Krieg als verlässliche Partner, nachdem das Land zeitweilig 750.000 Flüchtlinge aufgenommen hatte. Hinter der Fassade der Stabilität reagiert aber weiter das Chaos, vor allem in den nördlichen Provinzen. „Solange der Norden Albaniens nicht befriedet ist, solange wird es für ganz Albanien keine Stabilität geben“, sagt Nicolla Shabani, Vorsitzender des Verbands des albanischen Intellektuellen im Exil in Deutschland. Der gebürtige Montenegriener pflegt in Albanien und im Kosovo regelmäßig politische Verbindungen und sieht seine Vereinigung als Ver-

mittlerin zwischen den Fronten. Doch von denen gibt es (zu) viele.

Im Norden herrschen seit jeher Familienclans, bestimmen Verbrecherbanden und die Mafia den Alltag. Staat und Polizei sind machtlos. Ins Bild passt, dass gestern in der Stadt Shllak eine Gruppe Bewaffneter ein Wahllokal überfiel und die Wahlzettel in Brand steckte. Die Regierung in Tirana ist weit, weit weg und „verwendet ihre ganze Energie darauf, an der Macht zu bleiben“, sagt Shabani. „Sie muss ihre ganze Energie darauf verwenden“, räumt er ein.

Nach 1997, als in einem Bürgerkrieg 2000 Menschen starben, nachdem weite Teile der Bevölkerung bei geplatzten so genannten Pyramidengeschäften ihre gesamten Ersparnisse verloren hatten, ist die Blutrache wieder aufgeblüht. „Die Menschen haben sich damals bewaffnet“, sagt Shabani. 1997 sollen laut Schätzungen 600.000

Waffen unters Volk gekommen sein. Die Blutrache, vor dem Bürgerkrieg auf dem Weg zu einer Randerscheinung, beherrscht seither wieder das Leben im Norden und verhindert damit die Stabilität des ganzen Landes. „Alte Rechnungen zwischen Clans wurden wieder aufgemacht“, erläutert Shabani. Erst vor kurzem habe eine Regierungskommission festgestellt, dass 900 Kinder in den Regionen um die Städte Shkodra oder Kukes die Häuser nicht verlassen können, weil außerhalb der eigenen vier Wände ihr Leben auf dem Spiel steht.

Das zeigt, wie rudimentär Politik, Politiker und Parteien in der Gesellschaft Albaniens verankert sind. Am ehesten sind es noch die regierenden Sozialisten als Nachfolger der Kommunisten, die fast ein halbes Jahrhundert das Sagen hatten. Doch auch sie kratzen mit ihrer Regierung nur an der Oberfläche der Gesellschaft. Während

die Demokraten nach dem Verständnis vieler Albaner ihre Chance als Regierungspartei in den fünf Jahren bis 1997 vertan haben.

Die mangelnde Anerkennung der Politiker begründet sich nicht nur in den Erfahrungen der Albaner im Jahrzehnt nach dem Ende des Kommunismus, sondern noch immer in 40 Jahren fast völliger Isolation unter dem stalinistischen Staatschef Enver Hodscha, als das Gesellschaftsbild der Menschen auf Generationen geprägt wurde: durch ein Terror-Regime, willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen sowie systematische psychologische Kriegsführung gegen das eigene Volk.

Den Hass zu überwinden, braucht es in Albanien mehr als Wahlen. „Hilfe vom Westen“, fordert daher Nicolla Shabani: „dauerhaft, zielgerichtet, und nicht immer nur punktuell.“ (Foto: Archiv/Kunz)